



Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs beschäftigte den Landtag, nachdem der KPÖ-Vorstoß für eine Nahverkehrsabgabe bei allen mehr oder weniger Gehör fand.

Im Bild: Die neuen „Desiro“ Züge kommen nun auch auf steirischen Nahverkehrsstrecken zum Einsatz. Ihre Drehgestelle sind ein steirisches Produkt.

## Droht Ausverkauf des Wassers?



Foto: Sissi Furgler

Geht es nach der EU, werden private Profiteure bald auch die Versorgung mit Trinkwasser beherrschen. Die KPÖ will unser Wasser deshalb per Verfassung schützen.

Die Verankerung der öffentlichen Wasserversorgung in der Verfassung ist für die KPÖ extrem wichtig. Die Erfahrungen vieler Länder zeigen, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung, wie von der EU vorbereitet, erschreckende Konsequenzen hat.

Mehr als 300 Millionen Menschen beziehen Wasser derzeit von Privatanbietern – Tendenz stark steigend. Die Folgen stimmen alles andere als zuversichtlich. In Bolivien etwa müssen viele Menschen bis zu einem Drittel ihres Einkommens für die private Wasserversorgung berappen. Im südafrikanischen Durban kam es 2001 zu Massendemonstrationen, nachdem der private Wasserversorger ganzen Wohnvierteln den Hahn abgedreht hat. In Lon-

don werden enorme Dividenden und Managergehälter beim privaten Wasserversorger RWE bezahlt, dafür bleiben Leitungsreparaturen aus. Tausenden wird pro Jahr das Wasser abgedreht, wenn sie einen Finanzierungspass haben.

Die Versorgung mit Wasser gehört zu den Grundrechten der Menschen. Deshalb muss es auch maximalen Schutz für unsere Wasserversorgung vor jedem Ausverkauf geben. Wien ist uns einen gewaltigen Schritt voraus. Wien hat sich mit dem Wiener Wasserversorgungsgesetz verpflichtet, die Wasserversorgung durch städtische Anlagen durchzuführen – ein Gesetz im Verfassungsrang.

Wir müssen dringend überlegen, wie wir einen solchen Schutz für die Wasserversorgung in der Steiermark durchsetzen können, so KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher: *„Die feste Verankerung der Wasserversorgung im öffentlichen Eigentum hat höchste Priorität.“*

## BESSER WERDEN

# Bus, Bahn, Bim

flexibel in Europa“, befürchtet er ein Abziehen von Arbeitsplätzen. Diese Bedenken zerstreut Kaltenegger: „Wenn die Abgabe in den öffentlichen Verkehr investiert wird, schafft das wiederum Aufträge für steirische Betriebe und neue Arbeitsplätze.“

Die KPÖ wird nun ein Auge darauf haben, dass die Abgabe von den Unternehmen und Handelskonzernen bezahlt und tatsächlich für den öffentlichen Verkehr verwendet wird. Die Steirer dürfen nicht schon wieder zur Kasse gebeten werden.

## GÜNSTIGER SPRIT

Nicht nur ein funktionierender öffentlicher Verkehr soll den Pendlern das Leben erleichtern, sondern auch das Öffnen der Landestankstellen, wie es SPÖ und KPÖ fordern. Dort gibt es Diesel um 15 Cent pro Liter günstiger. ÖVP und Grüne sind dagegen. Letztere sehen mehr Umweltbelastung, erstere einen Anschlag auf den freien Markt.

Die Idee der KPÖ: Druck auf die Treibstoffkonzerne ausüben und diese dazu zu bewegen, ihre Preise zu senken. Das zählt für die ÖVP offensichtlich nicht.

## Billiger Tanken für alle!

Landestankstellen sollen günstigen Sprit für Steirer abgeben, meinen KPÖ und SPÖ. ÖVP wehrt sich.

Angesichts explodierender Treibstoffpreise beschloss der Landtag mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ eine Aufforderung an die Landesregierung, so rasch wie möglich die Voraussetzungen zur Öffnung der Landestankstellen zu schaffen. ÖVP und Grüne stimmten dagegen.

Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Jede Maßnahme ist gerechtfertigt, die der Preistreiber der Mineralölkonzerne einen Riegel vorschiebt.“ Ernest Kaltenegger kritisierte dabei auch die im Windschatten der Treibstoff- und Heizölpreiserhöhungen vorgenommenen Preisanhebungen um bis zu 15 Prozent bei Holzpellets.

### VP und Grüne dagegen

ÖVP und Grüne sind gegen die Landestankstellen-

öffnung. Peter Hagenauer (Grüne) sprach von einer „falschen Symbolik“, der ÖVP-Abgeordnete Kasic von „populistischem Stimmenfang.“ Den Vogel schoss der obersteirische ÖVP-Mandatler Peter Rieser ab: während er noch vorigen September via Presseaussendung vehement die Öffnung der Landestankstellen gefordert hatte, stimmte er nun im Landtag dagegen. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder erteilte dem Beschluss eine Abfuhr.